Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 349. Halle, Donnerstag, den 29. Juli 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Die Vorsprechung in Boulogne.

Berlin, den 28. Juli 1920.

Zwischen Polen und Sowjetrußland herrscht Waffenruhe, aber noch nicht Waffenstillstand. Es sind das zwei Begriffe, die sich militärisch und politisch wesentlich voneinander unterscheiden. Daß die Russen die Waffenruhe nur als vorläufigen Zustand ansehen, ging aus dem Funkspruch des bolschewistischen Kommandanten Tukatschewski deutlich hervor. Der russische General erklärte darin seinem polnischen Gegner, daß er ihn nicht vor dem 30. Juli abends 8 Uhr empfangen könne. Wo, sei auch noch nicht bestimmt. Vielleicht auf der Chaussee zwischen Baranowitschi und Brest-Litowsk. Das war reichlich unklar und zurückhaltend. Der deutsche Generalmajor v. Dassel, der in Königsberg Wache hält, hat wahrscheinlich nicht Unrecht mit der Andeutung, die er einem Berichterstatter machte, nämlich, es sei nicht ausgeschlossen, daß Sowjetrußland mit dem Waffenstillstand eine List vorbereite und den Waffenstillstand mit Polen bereit erklärt, mehr noch, sie hat dem englischen Vorschlag, wonach auch Vertreter der alliierten Mächte an den Friedensbesprechungen zwischen Rußland und Polen teilnehmen sollen, zugestimmt. Lloyd George hat sich darüber offenbar so gefreut, daß er sofort alle Bedenken gegen die Zulassung der russischen Handelsabordnung in England fallen ließ. Krassin, der sich zurzeit in Stockholm aufhält und bisher gar nicht gut auf England zu sprechen war, wird also bald wieder in London eintreffen. Aber zwischen diesen ersten Präliminarien und der kommenden neuen Friedenskonferenz von London ist noch ein weiter Weg. Nur um sich über die Schwierigkeiten des Zustandekommens dieser Konferenz klar zu werden, haben sich jetzt Millerand und Lloyd George nach Boulogne verabredet, und es ist allgemein ausgefallen, daß der französische Ministerpräsident sich bei dieser Zusammenkunft lediglich von dem Finanzminister Marsal begleiten läßt. Zwar behauptet der „Matin", das sei geschehen, um die deutsche Wiedergutmachungsfrage zu besprechen, aber diese ist im Augenblick ebenso wie die Konferenz von Genf hinter dem brennenden Ostproblem vollständig zurückgetreten. Die Mitnahme Marsals nach Boulogne hat einen anderen Sinn. Sie bedeutet, daß Millerand sich mit den Sowjetmännern nicht eher an einen grünen Tisch setzt, als bis diese die alten Schulden Rußlands an Frankreich anerkennen. Da dies aber seine guten Wege hat, sieht man im Widerspruche Frankreichs die Hauptgefahr für das Zustandekommen der Londoner Konferenz. Ja, vorläufig zeigt sich nur ein einziger Ausweg, nämlich daß Millerand die Führung der französischen Politik einem weniger eigensinnigen Nachfolger überläßt. Also eine französische Kabinettskrise. Aber wäre das Zusammentreten aller Völker in London zu einer neuen Friedenskonferenz nicht dieses Preises wert? Die Regierung von Moskau verlangt, daß auf dieser Konferenz alle Großmächte vertreten sein sollen. Auch das besiegte und neuerdings wieder in Spa so tief gedemütigte Deutschland. Lloyd George wollte ja schon in Spa die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Polen und Rußland so nebenher erledigen. Die kleinen Zwischenländer, Finnland, Litauen, Lettland und Ostgalizien, sollten dabei noch einmal unter dem Schiedsrichteramt des englischen Premiers durchgemustert werden. Moskau hat sich das verbeten, weil es jedenfalls mit den baltischen Ländern bereits in vollem Friedenszustand lebe. Und siehe da, der britische Löwe stutzte. Lenin wie auf den in Stockholm wartenden Krassin, und Trotzki auf seine marschierenden Generäle. Zum ersten Male seit Deutschlands Zusammenbruch hat eine nichtalliierte Regierung der Uebermacht des britischen Imperiums Halt geboten! Lloyd George wurde angesichts der russischen „Impertinenz" — Millerand gebrauchte bekanntlich dieses Wort — freundlich und zuvorkommend. Er entschloß sich, in Boulogne die von Rußland geforderte Teilnahme Deutschlands an der Londoner Konferenz zur Sprache zu bringen. Ja, er will in Boulogne die heikle Frage wiederholen, die er schon in Spa an die um Hilfe bittenden Polen richtete: Seid ihr bereit, einer Aenderung der Versailler Bestimmungen über — Danzig und Oberschlesien zuzustimmen? Man sieht, es gehen große Dinge hinter den Kulissen vor. Wenn der deutsche Außenminister Dr. Simons das Vertrauensvotum des Reichstages in der Tasche hat, wird er sich unverzüglich neuen diplomatischen Aufgaben von außerordentlicher Tragweite zuwenden müssen. Nicht für Genf gilt es jetzt, sich vorbereiten, sondern für London.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung. Mittwoch, den 28. Juli, 1 Uhr nachmittags.

Das Interesse für die

Fortsetzung der Besprechung von Spa

scheint nachzulassen. Haus und Tribünen weisen große Lücken auf.

Abg. Dr. **Stresemann** (D. Vpt.): Er verstehe nicht recht, daß eine Zeitung seinerzeit die Ueberschrift „Der Erfolg von Spa" gebraucht habe, einen Erfolg könne man die schweren Lasten, die der Vertrag uns auferlege, doch kaum nennen. Er vergleiche die Friedensbelastung mit der einstigen Belastung Karthagos und bedauert, daß noch immer die Friedensbedingungen nicht allgemein bekannt seien und verlangt Veröffentlichung unserer Gegenliste zu dem Verlangen unserer Gegner auf Bestrafung der Kriegsschuldigen. Wenn wir in Spa nicht genügend vorbereitet eintrafen, so treffe die Schuld daran weniger die jetzige, erst vier Wochen im Amte befindliche Regierung, als vielmehr deren Vorgängerin. Für Genf werde die Vorbereitung jedenfalls so gründlich getroffen sein, daß wir selbst mit Vorschlägen kommen könnten. Der Frieden von Versailles sei, das stehe bei allen Parteien fest, unerfüllbar. Er stimme nicht mit der Lansingschen Note und mit Wilsons Programm überein. Es sei daher unsere Pflicht und die aller Regierungen, unablässig daran zu arbeiten, daß der Frieden von Versailles mit diesen beiden Punkten in Einklang gebracht werde. Wenn Lloyd George Besorgnis wegen des Bestehens der Regierung hege, so dürfe er nicht dazu beitragen, dieser das Instrument aus der Hand zu schlagen (Reichswehr), die sie stütze. Redner nimmt sodann Herrn Stinnes in Schutz, den man nicht zu beschuldigen, sondern zu danken habe. Wie kann man den Kampf um den Lebensnerv Deutschlands hier in Zusammenhang mit der Angst vor der lothringischen Konkurrenz bringen. Stinnes sah die Atmosphäre für eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich noch nicht geklärt genug an. Diese Ansicht werde von allen wahren Freunden einer deutsch-französischen Annäherung gebilligt. Im übrigen habe die Großindustrie im Westen selbst entschieden sich gemeinsam mit der Arbeiterschaft gegen jede Lösung der Beziehungen zum Reiche ausgesprochen. Auch seine Partei sehe in der Drohung der Besetzung des Ruhrgebietes keinen bloßen Bluff. Die Kohlenfrage hängt allein von Oberschlesien ab. Bekommen wir von dort Kohlen, können wir den Vertrag erfüllen, und hier wollen wir dem uns gegebenen Worte der Entente vertrauen. Ein Deutschland ohne Oberschlesien könne den Versailler Vertrag nicht erfüllen. Deshalb liege das Verbleiben bei Deutschland auch im Interesse der Entente, andererseits fürchte er, daß unser Transportwesen den Anforderungen nicht gewachsen sein wird und die Erfüllung des Vertrages in Frage stellen werde. Die Lebensmittel für die Bergarbeiter müßten daher auch den Transportarbeitern und speziell den Eisenbahnern zugute kommen. Wenn sich unsere Delegierten bezüglich Schlesiens auf das Wort unserer Gegner verlassen hätten, so dürfe man ihnen doch nicht den Vorwurf mangelnder nationaler Würde machen. Den Herrn Außenminister bitte er, bei seinen Reden nicht lediglich an die Psychologie des Auslandes zu denken. Er bedauert, daß nicht gestern einfach erklärt worden sei, der Krieg sei durch die Mitschuld aller Völker hervorgerufen, einzelnen die Schuld zuzuschieben sei doch nicht angängig. Der preußische Militarismus habe keine größere Schuld als derjenige der anderen Nationen. Jetzt, wo er verschwunden ist, taugt der Militarismus bei den westlichen Demokratien wieder auf. In der Fahnenfrage dränge sich einem doch der Vergleich mit den zahllosen ungesühnten Vorfällen im besetzten Gebiet auf. Von einem Chauvinismus bei uns könne gar keine Rede sein, aber es sei etwas viel entschuldigt worden, etwas weniger wäre in diesem Falle mehr gewesen. Zur Verständigung zwischen uns und Frankreich müßte die einseitige Begünstigung Polens zum Nachbar Deutschlands aufhören. Auch der französische Gesandte in München gehöre hierher. Aber hinter allem stehe die Angst vor Preußen, das doch jetzt genau so demokratisch sei wie alle übrigen deutschen Staaten. Auch einzelne Vertreter Süddeutschlands hätten sich hier in antideutschem Sinne ausgesprochen und dabei vergessen, wieviel sie doch eigentlich diesem Preußen schuldig seien. Was nun die rote Brücke angehe, welche der Bolschewismus über Polen schlagen wolle, so sei er der Ansicht, daß der Bolschewismus nichts weiter sei als ein verkappter Imperialismus; er wolle sich über einen großen Länderkomplex ausdehnen, um seine Lebenskraft zu erweisen. Wenn Herr Breitscheid so energisch für Rußland eintrete, habe er damit das Recht verwirklicht, sich über nationale Begeisterung anders Denkender zu entrüsten. (Zustimmung, Protest, großer Lärm.) Ueber die Leistungen des Bolschewismus sei ihm nichts bekannt geworden. Aus Berliner Zeitungen gehe hervor, daß nur bittere Armut und Hunger dort herrsche, wir wollen den russischen Staat als Macht anerkennen, werden uns aber gegen seine Propaganda auflehnen. Wenn er auch in einzelnen Punkten mit dem Herrn Minister des Aeußeren nicht übereinstimme, so hege er doch im großen und ganzen Vertrauen zu ihm, und seine Partei will die Regierung nach wie vor unterstützen.

Abg. Haußmann (Dem.): Wenn die erzwungene Herabsetzung der Reichswehr in Deutschland nicht einem einmütigen Protest begegne, so liege das daran, daß zahlreiche Vorkommnisse der letzten Zeit, z. B. die Vorgänge im Baltikum, die Versenkung der deutschen Flotte bei Sapa Flow, das Verbrennen unserer Luftschiffe Anlaß gegeben hätten, im Auslande Mißtrauen zu erwecken und im Inlande Aerger und Unruhen zu veranlassen. In einer Veröffentlichung der „Frkf. Ztg." werden die Bedürfnisziffern Frankreichs an Kohlen ganz anders angegeben, so daß Frankreich schon jetzt 65 Prozent seines Bedarfes gedeckt habe, während Deutschland nur zu 48 Prozent gedeckt sei. Alles in allem verstehe er die Stellungnahme der Delegation in Spa, ein Vorwurf wegen der Unterzeichnung könne ihr jedenfalls nicht gemacht werden. Ueber den Erklärungen des Außenministers liege der Schimmer größter Gewissenhaftigkeit, auch mit seiner gestrigen Ergänzung sei er einverstanden. Die ganze Friedensarbeit in den anderen Ländern werde durch die Hetzarbeit der Unabhängigen gestört, ja oft unmöglich gemacht. Er bedauert die Hetze der Rechten, die jeden Minister angegriffen habe und nun, wo ein einfacher Mann an der Spitze des Auswärtigen Amtes stehe, ihn in dieser Form überfiele. Wie kann eine große Partei den Ministern unseres Landes vorwerfen, sie hätten Deutschlands nationale Würde preisgegeben. Den Minister Simons habe er wegen seiner neuen Methode der Offenheit gern zur Seite gehabt. Seine Ausführungen waren klar und zuverlässig, also das beste Fundament zu einem guten Außenminister. Jedenfalls müßten die in Spa gefundenen Anknüpfungspunkte zur Entente weiter benutzt werden. Redner kommt sodann auf die Rede des französischen Gesandten in Wien, der Deutsch-Oesterreich vor falschen Einflüsterungen bewahren wollte und auf den französischen Gesandten in München zu sprechen, erblickt aber darin keine Gefahr für Deutschland, da Bayern schon rechtzeitig sagen werde, führe uns nicht in Versuchung. Er billigt die Neutralitätserklärung. Wenn Professor Hoetzsch gestern Rußlands Zukunft in der Demokratie gesehen hat, so stimme er dem zu, nehme dasselbe aber auch für Deutschland in Anspruch.

Abg. **Böhm** (bayr. Vpt.) (schwer verständlich) erkennt an, daß der Außenminister sich in Spa recht geschickt benommen habe und doch trotz aller Bourtoisie nicht mehr zu erreichen war. Andererseits gebe er zu, daß die Zugeständnisse in Spa das Maß dessen überschritten, was wir leisten können. Speziell Bayern werde unter dem Kohlenabkommen sehr zu leiden haben. Dabei herrsche dort schon jetzt große Arbeitslosigkeit auf industriellem Gebiet. In der Angelegenheit des französischen Gesandten habe sich die bayrische Regierung korrekt und dem Reichsgedanken getreu erwiesen. Die bayrische Einwohnerwehr trage absolut keinen militärischen Charakter.

Abg. Frau **Zetkin** (Komm.) begrüßt die Erfolge der bolschewistischen Armee gegen das imperialistische Polen und ruft alle Kommunisten und Sozialisten der Welt zur dritten Internationale auf, um im Sinne der Weltrevolution den Kapitalismus und den Imperialismus zu stürzen.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) verteidigt seine Regierung gegen die im Laufe der Debatte laut gewordenen Vorwürfe. Herr Stresemann habe von dem demokratischen Preußen gesprochen. Das Ausland bemerke nur noch nicht viel davon, wohl aber von der noch immer recht lebendigen preußischen Schnauze (Unruhe rechts). Zu den Volksbeauftragten hätten auch die Unabhängigen gehört, wie sei da der gestrige Angriff des Herrn Breitscheid zu verstehen. Ein ganzes Jahr konnten wir mit Rußland keine Verträge abschließen. Als diese Trennung fiel, habe er sofort die Beziehungen aufgenommen. Er selbst hätte die optimistische Auffassung des Ministers Simons über die dortigen Zustände nicht, könne auch nicht an Rußlands Sozialismus glauben. Redner schließt mit dem Hinweis, daß seine Fraktion für den Mehrheitsantrag zur Konferenzdebatte stimmen werde im Sinne der Herbeiführung der allgemeinen Arbeitsruhe und der Erfüllung der Friedensbedingungen. Auf die Weltrevolution könne der deutsche Arbeiter nicht warten, inzwischen werde er verhungern.

Abg. Toni **Sender** (U. S.) wendet sich gegen die politischen Tiraden und Schlagworte, die im jetzigen Augenblick genau so leichtfertig seien wie zu jener Zeit, wo die imperialistische Politik den Krieg heraufbeschwor. Der Weg zum Erfolg ihrer Partei gehe über die Entwaffnung des deutschen Imperialismus. Die Zukunft gehört der Arbeiterschaft. Alle kapitalistischen Experimente und Versuche, der Welt aufzuhelfen, haben keinen Zweck, ebensowenig der Völkerbund. Das Gerede von Deutschlands Versklavung sei nur gemacht. Herr Stinnes und Genossen würden sich schon rechtzeitig mit der Entente verständigen und genau so, wie das in Köln und Mainz geschehen sei, sich in den Dienst der Entente stellen. Sie verlangt die Sozialisierung des Kohlengebietes, damit die Arbeiter die Gewißheit haben, daß sie nicht privatkapitalistischen Interessen dienen. Sie schließt mit einer Begrüßungsrede an den Bolschewismus, der an unseren Grenzen haltmachen werde. Um so bedauerlicher sei es, wenn die Sozialdemokratie sich auf einen feindlichen Standpunkt stelle. Dieser Zwiespalt zwischen der Arbeiterschaft müsse aufhören, wenn der Menschheit geholfen werden kann. (Beifall.)

Abg. **Hergt** (Dn.) wendet sich gegen die Verwahrung des Reichskanzlers wegen des Vorwurfes der Verletzung der nationalen Würde und der Ermangelung der erforderlichen Festigkeit. Auch seine Partei sei sich des Ernstes der Situation bewußt gewesen, aber die Delegation sei gewissermaßen kochend nach Spa gegangen und habe sich rasch abgekühlt. Man hat eben nur unter dem Eindruck der Bajonette gehandelt. Aber warum sei man auf diese Gefahr des Einmarsches nicht vorbereitet gewesen, denn wenigstens die Minister aus dem alten Kabinett mußten es doch wissen. (Proteste, großer Lärm.) Wurde aber nicht unterzeichnet, so lag im Falle des Einmarsches ein Rechtsbruch vor, der uns in den Augen der Welt zugute gekommen wäre, jedenfalls sei die Unterzeichnung keine nationale Tat gewesen und nur eine solche werde im Volke wieder die erforderliche Begeisterung erwecken können. Von einem Mißtrauen gegen die Regierung könne keine Rede sein, denn nach außen hin müßten die Deutschen alle einig sein, aber die Hoffnungslosigkeit des Reichskanzlers könne er und seine Partei nicht teilen. Genf und die Lösung der Ostfragen stände noch bevor, daher müßten wir der Regierung heute den Rücken stärken und müßten wir ihr öffentlich die Marschroute vorschreiben, damit sie daran eine Stütze habe, wenn ihr die Entente in Genf wieder zusetzen sollte.

Vizekanzler **Heinze**: Unsere Aufgabe sei es, den Einmarsch zu verhindern. Unser Volk liegt schwer darnieder. Dieses Volk zum nationalen Widerstand aufzurufen, hätte die Regierung nicht verantworten können und werde es auch in Zukunft nicht tun.

Reichsminister Dr. **Simons**: Abgeordneter Hergt hat uns nicht den Rücken gestärkt, er ist uns in den Rücken gefallen. Wir haben die Verschlechterung der Friedensbedingungen nicht angenommen, sondern wir haben dagegen gestimmt. Gegenüber dem Abg. Stresemann und Müller-Franken stellt er seine Ausführungen über den Bolschewismus richtig. Auch aus der Asche werden neue Halme aus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200729017/fragment/page=0001

spritzen. Gegenüber der Entente stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir uns bemühen müssen, den Forderungen nachzukommen. Rußland gegenüber müssen wir die Verhältnisse nehmen, wie sie sind.

Abg. **v. Schoch** (D. Vpt.) spricht seine Freude über die verfassungsmäßige Haltung der bayrischen Regierung in der gesamten Frage aus. Wenn England und Italien dem Beispiele Frankreichs folgen sollten, so würde er sich freuen, wenn die Gesandten die Münchener Kunststätten und die Hofbräue besuchten. (Große Heiterkeit.)

Sollten sie sich in die Politik mischen, so sei er überzeugt, daß der gesunde bayrische Menschenverstand ihnen bald begreiflich machen werde, sie seien nur lästige Ausländer. Alle Trennungsgelüste des Herrn Millerand würden keinen Erfolg haben. Der Ton der französischen Sprenenklänge, die über den Rhein kommen, können wir schon vom Kriege her, wo Frankreich immer wieder versicherte, es wolle uns von der preußischen Hegemonie befreien. Preußen hat Bayern aus dem Rheinbund befreit, daß ihm die Führung gebührt, erkennen wir gern an. Die gefallenen Bayern würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie hörten, daß sie ihr Blut für einen neuen Rheinbund vergossen hätten. „Das Reich muß uns doch bleiben."

Der Antrag der Deutschnationalen, der der Regierung das Bedauern über ihre Unterzeichnung ausspricht, wird abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitsparteien, der die Gründe der Regierung für ihr Verhalten in Spa billigt, wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen. Außerdem haben die Unabhängigen einen Antrag auf sofortige Sozialisierung der Bergwerke eingebracht.

Minister Dr. **Simons** findet den Antrag, so sympathisch er der Regierung sei, zurzeit für undurchführbar, da er in die Abmachungen mit der Entente störend eingreifen könne.

Abg. **Ledebour** (U. S.) meint, das sei nicht zu befürchten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Interpellation der Mehrheitsparteien wegen der Abtretung des Weichselufer-streifens.

Abg. **Fleischer** (Ztr.) begründet die Interpellation und erklärt, nach den ihm zuteil gewordenen Informationen habe die Entente die in Frage kommenden fünf Dörfer bereits Polen zugesprochen. (Allgemeiner Protest.) Das sei eine Verletzung der Verträge und gebe Grund, die Revision des gesamten Friedensvertrages zu verlangen. Ostpreußen sei der Zutritt zur Weichsel im Friedensvertrage zugesichert. Hier werde eine Kette unaufhörlicher Konflikte geschaffen. Er erwarte schärfsten Protest in Paris. Die Entente dürfe ihren eigenen Frieden nicht sabotieren. (Bravo! auch auf den Tribünen.)

Reichsminister Dr. **Simons:** Es gibt nur eine Lösung, nämlich die Zuteilung des gesamten Gebietes an das Deutsche Reich. Trotzdem hat der Oberste Rat die 50-Meter-Zone und die fünf Orte als eine Art Brückenkopf Polen zugesprochen. Dies verstößt gegen das Völkerrecht. Das Auswärtige Amt hat alles nur mögliche getan, um diese Vergewaltigung hinten anzuhalten. Er erhebe schon jetzt Protest gegen diese Verletzung des Völkerrechts.

Abg. **Schulz-Bromberg** (D. N.) bedauert, daß man erst in so später Stunde zu dem erforderlichen Protest gegen diese neue Vergewaltigung komme. Die Regierung muß hier eingreifen und der Entente klarmachen: „Hier gibt es kein Diktat."

Abg. **Pohlmann** (Dem.) gibt ebenfalls ein Treugelöbnis Westpreußens zum Reiche und bedauert, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht beachtet werden solle und bittet das hohe Haus, in diesem Falle wenigstens Einmütigkeit zu begründen.

Damit wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Morgen nachmittag 1 Uhr zweite Beratung des Entwurfes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und zweite Lesung des Notetats.

Schluß 8½ Uhr abends.

Ein bevorstehender Amnestieerlaß.

Berlin, 27. Juli. (Eigene Meldung.)

Dem Reichstag liegen drei sozialistische Anträge auf Straferlaß für politische und nichtpolitische Straftaten vor. Zwei dieser Anträge sind von der unabhängigen Sozialdemokratie gestellt. Der eine verlangt Amnestie für alle Straftaten, die bis zum Inkrafttreten des Amnestiegesetzes aus politischen Beweggründen verübt worden sind, insbesondere für Straftaten, die im mittelbaren oder unmittelbaren Zusammenhang mit der Abwehr des sogenannten Kapp-Putsches oder des im Anschluß hieran erfolgten Einrücken der Reichswehr in verschiedene Gebiete oder Orte begangen worden sind. Der andere verlangt Straferlaß oder Strafmilderung für nichtpolitische Straftaten, und zwar soweit die verhängten Strafen nicht schwerer sind als Gefängnis bis zu einem Jahr oder Festungshaft bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu 3000 Mk. allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen. Diesen beiden Anträgen steht ein Antrag Müller-Franken von der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber, der lediglich verlangt, die Reichsregierung solle den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorlegen, durch den die Straffreiheit entsprechend der Bielefelder Vereinbarung vom 24. März 1920 gewährleistet wird.

Zu diesen 3 Anträgen erfahren wir aus parlamentarischen Kreisen, daß die Reichsregierung und die drei Regierungsparteien gewillt sind, gleichfalls einem Amnestiegesetz zuzustimmen. Dieses soll auf der Grundlage erlassen werden, daß alle Straftaten hinfällig werden, die aus der Abwehr von staatsgefährlichen Putschversuchen verhängt worden sind, wobei aber verbrecherische Handlungen nicht amnestiert werden sollen. Es ist aber auch in Aussicht genommen, die aktive Unterstützung der Putschbewegung zu amnestieren, wobei nur die Rädelsführer ausgenommen werden sollen, mit anderen Worten: die Amnestie soll sowohl denen zugute kommen, die am Kapp-Putsch beteiligt waren, soweit sie nicht Rädelsführer gewesen sind, wie jenen, die den Kapp-Putsch abgewehrt haben, soweit sie sich nicht gemeiner Verbrechen schuldig gemacht haben.

Es schweben jetzt zwischen den Fraktionen Verhandlungen über den genauen Wortlaut des zu erlassenden neuen Amnestiegesetzes. Es bestehen aber auch in den Fraktionen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob es richtig sei, überhaupt eine Amnestie zu erlassen. Wie man hört, ist ein Hauptgrund für die Zustimmung der Reichsregierung die Tatsache, daß das Reichsgericht, welches ohnedies jetzt mit der Angelegenheit der sogenannten Kriegsverbrecher auf Geheiß der Entente vollauf beschäftigt ist, nicht mehr in der Lage ist, die zahllosen anläßlich des Kapp-Putsches anhängig gemachten Verfahren durchzuführen. Es sind in den letzten Monaten durch Denunziationen sowohl der Kappisten wie der Antikappisten so zahllose Verfahren anhängig gemacht worden, daß das Reichsgericht, das ja hierfür allein zuständig ist, gar nicht mehr weiß, wie es mit der Menge fertig werden soll. Es ist aber auch sehr fraglich, ob infolge dieses rein technischen Umvermögens ein so wichtiger politischer Akt erfolgen kann, wie es eine politische Amnestie infolge des Kapp-Putsches sein würde. Es fehlt auch nicht an Stimmen, die behaupten, daß die Reichsregierung in dieser Sache nur nicht durchgreifen wolle. Falls eine Einigung unter den Fraktionen erzielt wird, dürfte das Gesetz noch in dieser Woche verabschiedet werden.

Neue Ungerechtigkeit der Botschafterkonferenz.

Paris, 26. Juli. Die Botschafterkonferenz befaßte sich mit dem deutschen Einspruch gegen die Entscheidung der Grenzfestsetzungskommission im Hultschiner Gebiete, durch welche der Tschechoslowakei die Gemeinden Nitschej, Owschütz und Haatsch zugesprochen wurden. Nach Auffassung der deutschen Regierung, die auch in ihrem Protest zum Ausdruck kam, handelt es sich bei diesen Gemeinden um ein Gebiet südwestlich der Linie zwischen Kaischer und dem Huldschiner Territorium, d. h. um ein Gebiet, dessen Schicksal von dem Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien abhänge. Demgegenüber vertrat in der Botschafterkonferenz der Gesandte Olusk den Standpunkt der Tschechoslowakei dahin, daß das strittige Gebiet sich zwischen Oderberg und Kaischer befinde, daß es der tschechoslowakischen Republik zugesprochen wurde und sein Schicksal nicht mit der oberschlesischen Abstimmung zusammenhänge. Der Botschafterrat entschied daraufhin, daß die drei genannten Gemeinden Teile der tschechoslowakischen Republik seien und hat damit die Entscheidung der Grenzfestsetzungskommission bestätigt.

Neue Grenzregelung im Kreise Fraustadt.

Danzig, 27. Juli. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, haben gemäß der Entscheidung der Grenzkommission die polnischen Besatzungen die Ortschaften Geyersdorf und Lacha im Kreise Fraustadt geräumt, die bereits wieder von den deutschen Behörden übernommen worden sind. Dagegen sind die Dörfer Potrzebowa und Wijewo (gemeint sind damit wahrscheinlich Scharne und Weine), die überwiegend von Polen bewohnt sind, dem Kreise Lissa zugesprochen worden.

Für die deutsche Frau.

Am 9. Oktober 1919 nahm der Landtag des Freistaates Mecklenburg-Schwerin eine Verordnung nachstehenden Inhalts an: „Die Verordnung betreffend das Einschreiten gegen das Konkubinat, die sogenannte wilde Ehe, von 22. Dezember 1870, wird hiermit aufgehoben."

Die Veranlassung zu diesem Gesetzesakt war folgende: Eine frühere Landesverordnung, und zwar die Verordnung vom 24. April 1856, sah eine Bestrafung nicht nur der gewerbsmäßigen Unzucht, sondern auch der einfachen Unzucht also des Geschlechtsverkehrs zwischen zwei Personen verschiedenen Geschlechts, ohne daß der standesamtliche oder der kirchliche Segen in Form der Eheschließung vorlag, vor, insbesondere auch eine Bestrafung des Zusammenlebens in der sogenannten wilden Ehe. Durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes, insbesondere durch das Strafgesetz für den Norddeutschen Bund, das spätere Reichsstrafgesetzbuch, wurde dann diese Verordnung aus dem Jahre 1856 unwirksam, und die mecklenburgische Regierung hob sie formal durch die Verordnung vom 22. Dezember 1870 auf. In dieser neuen Verordnung aber wurde ausgesprochen, daß die Ortspolizeibehörden bei Androhung fiskalischer Strafen verpflichtet bleiben, gegen das Konkubinat oder die sogenannte wilde Ehe polizeilich einzuschreiten, den Personen, welche in diesem Verhältnis miteinander leben, die Fortsetzung desselben zu verbieten und zur Durchführung des Verbots Zwangsmaßregeln anzuwenden. Durch das Reichsstrafgesetzbuch wurde auch diese Verordnung überholt. Denn nach ihm kann eine unzüchtige Handlung nur bestraft werden, wenn durch sie ein öffentliches Aergernis gegeben wird. Es kann also auch das Zusammenleben in der sogenannten wilden Ehe bestraft werden, aber erst dann, wenn die Erregung eines öffentlichen Aergernisses damit verbunden ist. Diese Bestimmung sah die Mehrheit des mecklenburgischen Landtages als genügenden und gesetzlich allein maßgebenden Schutz gegen das Ueberhandnehmen der sogenannten wilden Ehe oder gegen Ausschreitungen durch dieselbe an und hob infolgedessen die Verordnung vom 22. Dezember 1870 als eine formal nicht mehr zu Recht bestehende auf.

Daß dieser Beschluß des mecklenburgischen Landtages seinerzeit Aufsehen in unserem deutschen Vaterlande erregt hat, hat man nicht gehört. Er wird kaum über die Grenzen des Freistaates hinausgedrungen und beachtet worden sein. Und das wäre auch so geblieben, wenn nicht bei den letzten Reichstagswahlen die rechtsstehenden politischen Gegner der Demokratie die Verleumdungssucht gepackt hätte und ihnen jedes Mittel hierzu willkommen gewesen wäre. Zu diesem Zweck wurde die Verordnung des mecklenburgischen Landtages vom Oktober 1919 im Juni 1920 wieder ausgegraben, entsprechend frisiert und nun unter der Beschuldigung, daß die Demokraten die freie Liebe in Deutschland eingeführt hätten, gegen diese gehetzt, was das Zeug hielt.

Das Flugblatt, in dem diese Hetze losgelassen wurde, trug keine Parteiunterschrift. Offenbar schämten sich die Veranlasser selbst, die Entstehungsstätte dieses Machwerkes bekanntzugeben. Aber allein der Eifer, mit dem rechtsstehende politische Gegner der Demokratie diese unsaubere Waffe aufgriffen und weiterverbreiteten, ließ die Rechtsparteien als Urheber erkennen. Diese wußten, daß sie eine Unwahrheit gegen die Demokratie verbreiteten, aber sie rechneten damit, daß eine Nachprüfung der mecklenburger Vorgänge in anderen Wahlkreisen nicht so schnell möglich sein und das Machwerk infolgedessen seinen Zweck, die Frauen bei der Wahl gegen die Demokratie aufzuhetzen, erfüllen würde. Die Rechnung ist zum Teil in Erfüllung gegangen.

Die Veröffentlichung des wahren Herganges, die nach Einsichnahme in die Verhandlungen des mecklenburgischen Landtages jetzt erfolgt, und ohne weiteres ergibt, daß dieser dem sittlichen Empfinden für die Heilighaltung der Ehe nicht im geringsten zu nahe getreten ist, wird aber allgemein, besonders der deutschen Frau, als Beweis dafür dienen können, mit welchen Mitteln der politische Kampf gegen die Demokratie geführt wurde, und den berechtigten Schluß zulassen, daß diejenigen, die sich solcher Waffen im politischen Kampf bedienen, wahrscheinlich in ihren eigenen Reihen an Unsauberkeit gewöhnt sein müssen. th.

Deutsches Reich.

Lebensmittelschiebungen mit gefälschten Einfuhrbewilligungen in Köln. Bereits seit einigen Wochen war dem Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr aufgefallen, daß über die besetzte westliche Reichsgrenze ausländische Lebensmittel eingeführt wurden, die mit einer zwar formell richtigen Einfuhrbewilligung hereinkamen, von denen

Die Erben der Exkaiserin Eugenie.

Die Raben sammeln sich an der Leiche. Kaum sind einige Tage seit dem Tode der Exkaiserin Eugenie verflossen, und schon treten die allerverschiedensten Erbanwärter auf. Die Verstorbene soll, Pariser Blättern zufolge, im Laufe der Jahre mehrere Testamente und Kodizille errichtet haben, und zwar je nach den wechselnden Sympathien, die sie verschiedenen ihr nahestehenden Personen entgegenbrachte, von denen sie im übrigen auch zahlreiche überlebt, so daß eine öftere Revision ihrer letztwilligen Verfügungen erforderlich schien. Auch sei es bekannt, daß sie durch einen größeren Aktienbesitz an verschiedenen Unternehmungen der internationalen Industrie beteiligt gewesen sei, die namentlich in den letzten Jahren der Kriegshochkonjunktur außerordentlich reiche Erträgnisse gebracht hätten. Bei ihrer ausgesprochen legitimistischen Lebenstendenz — fühlte sie sich doch stets als die letzte gekrönte Napoleon-Kaiserin und bis zu ihrem Tode als „Majestät" — erscheint es als nahezu selbstverständlich, daß ihr Haupterbe Prinz Viktor Napoleon sein dürfte; neben ihm werden auch Prinzessin Klementine von Koburg, eine Tochter Leopolds von Belgien, sowie Königin Viktoria von Spanien als Erben genannt.

Außer diesen sozusagen dynastischen Erbanwärtern gibt es aber eine Reihe von anderen anscheinlich anspruchsberechtigten Personen, die sich auf die Blutsverwandtschaft zur Verstorbenen berufen und erklären, daß Eugenie weder aus einem souveränen Hause stamme, noch zur Zeit ihres Todes einem solchen angehört habe, so daß auf sie die einfachen bürgerlichen Gesetze Anwendung finden müßten und es nur einer Klarstellung bedürfe, ob sie als englische, französische oder spanische Staatsangehörige zu betrachten sei.

Persönliche Anverwandte von ihr leben zweifellos in allen drei genannten Staaten. In Spanien sind noch Zweiglinien von ihrer Vaterseite her vorhanden, von denen einige in recht kümmerlichen Verhältnissen leben und von der Exkaiserin bis in die letzten Jahre hinein mit laufenden Unterstützungen bedacht worden sein sollen. In Schottland ist ein bürgerlicher Rechtsanwalt als Abkömmling ihres Großvaters mütterlicherseits mit Ansprüchen an die Nachlassenschaft herangetreten, und auch in Frankreich sollen noch einige versprengte Mitglieder ihrer Familie am Leben sein.

Die Erbschaft wird schätzungsweise mit zwei Millionen englischen Pfund bewertet, doch ist dies nur eine ganz beiläufige Ziffer, da die vielen Schmucksachen, Teppiche, Gemälde und andere Kunstgegenstände noch einer genauen Inventarisierung harren und erst nach dieser Arbeit ein genaueres Bild über den Stand der ganzen Vermögensmasse gegeben werden kann.

Mit zahlreichen Legaten dürften auch die Mitglieder ihres „Hofstaates" bedacht werden. Die Exkaiserin hielt nämlich bis an ihr Lebensende an ihrer souveränen Fiktion fest. Ihr ganzes, wenn auch keineswegs zahlreiches Dienstpersonal war nach dem Schema eines Hofstaates nach Graden und Klassen abgeteilt, sie besaß eine erste und eine zweite Hofdame, Zofen und Kammerfrauen in verschiedener Abstufung, einen definitiv angestellten Leibarzt, einen Kämmerer und Schatzmeister.

Kunst und Wissenschaft.

Der deutsche Studententag. In Göttingen begann der zweite ordentliche Studententag. Die strittigen Verfassungsfragen sind durch ein Kompromiß zwischen dem preußischen Kultusministerium und der Hauptgeschäftsstelle der deutschen Studentenschaft schon vor dieser Tagung erledigt worden. Staatssekretär Becker machte auf dem Begrüßungsabend u. a. schon folgende Mitteilungen: In der Ausländerfrage wird in der allgemeinen Verordnung für die Bildung der Studentenschaften nichts Bindendes niedergelegt, sondern jede Universität gibt sich selbst ein eigenes Statut, das vom Ministerium genehmigt werden muß. Bei der Ausarbeitung dieses Statuts hat die Studentenschaft ein weitgehendes Recht der Mitarbeit. Die Regierung hat dem Bedenken der Studentenschaft wegen Ausschlusses der politischen Betätigung aus dem Tätigkeitsbereich der Selbstverwaltungsorgane dadurch Rechnung getragen, daß die Einschränkung nur für parteilose Fragen gilt, also allgemeinpolitische und nationalpolitische Fragen dürfen von den Studentenvertretungen behandelt werden. Der Verwaltungsrat mit dem vom Ministerium zu ernennenden Vorsitzenden wird beseitigt. An seine Stelle tritt ein Vermögensbeirat, der die sozialpolitischen Einrichtungen der Studentenschaft zu verwalten hat. Er setzt sich aus Studenten, Akademikern (also Alten Herren) und Hochschullehrern zusammen. An diese Mitteilungen schloß Staatssekretär Becker längere Ausführungen an, in denen er betonte, daß die Regierung entschlossen ist, das Verhältnis der Studentenschaft als Ganzes ausschließlich auf der Vertrauen aufzubauen. Sie hat sich deshalb entschlossen, alle Garantiebestimmungen fallen zu lassen.

Die künstlerische Gestaltung des Reichsadlers. In zweiten Heft der Mitteilungen des Reichskunstwarts wird die künstlerische Gestaltung des Reichsadlers besprochen. Das Schriftchen zeigt an den Wappenbildern des Reichsadlers von Albrecht Dürer bis auf die neuen Entwürfe von Emil Doepler d. J., Otto Hupp, Peter Behrens, Ludwig Gies und Schmidt-Rottluff die Entwicklung der künstlerischen Auffassung des Wappens. Am Schluß heißt es: „Die Reichsregierung hat die Patenschaft für den deutschen Reichsadler dem Künstler übertragen. Sie will von dem System abgehen, das nur Altbewährtes als verwendbar ansah und demnach für öffentliche Kunstaufgaben nur Nachtreter gebrauchen konnte. Gerade die erzieherische Seite öffentlicher Aufgaben verlangt, daß man sie mit Lebensodem der Gegenwart erfüllt, wie das zu Dürers Zeiten in Deutschland üblich war.

Der deutsche Studententag fand in Göttingen seinen Abschluß. Aus den letzten Beschlüssen ist hervorzuheben, daß dem bekannten Pazifisten Professor Nicolai die Würdigkeit abgesprochen wurde, weiterhin an den deutschen Hochschulen Vorlesungen abzuhalten. Auf Antrag der österreichischen Vertreter wurde beschlossen, daß bei Ablegung von Prüfungen der Nachweis einer gründlichen Kenntnis des „Friedensvertrages" zu erbringen habe. Gegen eine starke Minderheit wurden neue Leitsätze für die Behandlung der Ausländer an deutschen Universitäten angenommen. Danach sollen Studierende aus den neutralen Ländern besonders bevorzugt, Studierende aus Sowjetrußland grundsätzlich von deutschen Universitäten ausgeschlossen sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200729017/fragment/page=0002

jedoch die bewirtschaftenden Reichsstellen nichts wußten. Der Reichsbeauftragte entsandte deshalb einen seiner Beamten nach dem besetzten Gebiet mit dem Auftrage, der Angelegenheit nachzugehen. Es gelang in der ersten Hälfte des Juli, festzustellen, daß derartige Sendungen auf Grund gefälschter Einfuhrbewilligungen des Reichskommissars-Delegierten in Köln hereingebracht wurden. Ein unterer Angestellter dieser Dienststelle muß sich auf irgendeine Weise den Faksimilestempel des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung zu verschaffen gewußt und mit diesem eine große Anzahl von Einfuhrbewilligungsblanketts gestempelt haben, um sie dann zu verkaufen. Die gefälschten Einfuhrbewilligungen sind hauptsächlich an holländische Firmen verkauft worden, die nunmehr ihre Waren mit den fertigen Einfuhrbewilligungen deutschen Händlern anboten. Ein Teil der mit solchen gefälschten Bewilligungen eingeführten Waren hatte die Einfuhrkontrolle bereits passiert und konnte nicht mehr gefaßt werden. Es gelang jedoch, noch rund 40 Waggons eingeschmuggelter Waren, hauptsächlich Speck, Speisefette und Fleischkonserven, anzuhalten und zugunsten des Reiches für verfallen zu erklären. Die Einfuhr weiterer Waren im Werte von etwa 20 Millionen Mark wurde von den Einfuhrschiebern im letzten Augenblick angehalten, als sie das Bekanntwerden der Schiebungen erfahren hatten.

Ausland.

Amerika und die Londoner Konferenz.

Washington, 27. Juli. (Reuter.) Das Staatsdepartement hat keine amtliche Mitteilung über den Vorschlag zur Abhaltung einer Konferenz zwischen Rußland und den Alliierten in London erhalten. Es scheint indessen sicher, daß, wenn nicht dringendere Gründe als gegenwärtig vorliegen sollten, die Vereinigten Staaten es nicht sehr eilig haben würden, gegebenenfalls eine Einladung zu der Konferenz anzunehmen.

General Villa unterwirft sich wieder einmal.

Mexiko, 27. Juli. (Reuter.) General Villa bot Huerta seine bedingungslose Unterwerfung an. Die Regierung antwortete ihm mit dem Befehl, sich zur Verfügung des Generals Martino, des Führers der Opposition gegen ihn, zu stellen.

Japan und China.

Tokio, 27. Juli. (Reuter.) Der Kriegsminister kündigt an, daß die drei japanischen Offiziere, welche bei den chinesischen Grenztruppen als Instrukteure tätig sind, Befehl erhalten haben, vorübergehend ihren Abschied einzureichen. Japan beweist hiermit seine strenge Neutralität in der gegenwärtigen Lage.

Halle und Umgebung.

Halle, den 29. Juli 1920.

Der neue Gütertarif.

Nach einer Meldung aus Dresden werden die in Vorbereitung befindlichen neuen Gütertarife voraussichtlich am 1. Oktober in Kraft treten und die Frachten um 30 bis 50 Prozent **erhöhen.**

Alter Kohl

wird in Mitteilungen sächsischer Blätter über die „Rote Armee in Mitteldeutschland" aufgewärmt, und selbstverständlich ist auch unserem Halle wieder dabei eine besondere Rolle zugedacht. „Acht Kompagnien mit insgesamt 2000 Mann — so heißt es wörtlich in dem Unsinn, zu dessen Verbreitung sich auch das „Wolffsche Bureau" hergibt — halten am Giebichenstein Felddienst- und Handgranaten-Uebungen ab." Wenn man nach der Giebichensteiner Brücke geht, kann man also dieses militärische Schauspiel in seiner ganzen kriegerischen Furchtbarkeit genießen. Aber wir wollen unseren Lesern das famose Telegramm in seinem ganzen Umfange unterbreiten:

Leipzig, 28. Juli. Drahtberichte der Abendblätter aus Dresden teilen Einzelheiten über den Stand der „Roten Armee" in ganz Mitteldeutschland, vor allem in der Provinz und im Freistaat Sachsen mit, über die Stärke und Bewaffnung, die bis jetzt abgehaltenen Uebungen, die auf einwandfreier Grundlage beruhen sollen. Aus der Provinz Sachsen usw.: In Magdeburg ist eine Gruppe Marc mit 270 Mann festgestellt, in Staßfurt, Dessau, Bernburg und im Bezirk Calbe je zwei Kompagnien von je 150 Mann. Halle hat acht Kompagnien mit insgesamt 2000 Mann, die am Giebichenstein Felddienst- und Handgranaten-Uebungen abhalten. Die kampforganisierte Mannschaft des Mansfelder Gebirgskreises zählt ungefähr 8000 Mann mit etwa 9000 Gewehren und 150 bis 250 Maschinengewehren. Rote Verbände sind aufgestellt oder in der Aufstellung begriffen in Golpa, Bitterfeld, Jeßnitz, Weißenfels und Zeitz, ihre Bewaffnung besteht aus 750 Gewehren, 25 Maschinengewehren, 65 000 Patronen. Ueber die Stärke der roten Stammtruppen in Hohenmölsen, Eisleben, Liebenwerda und Mühlberg können keine näheren Angaben gemacht werden, doch sind dort noch aus den Märztagen 286 Maschinengewehre, 12 300 Gewehre und Minenwerfer nicht abgeliefert. Außerdem verfügt der Bezirk über 6000 Gewehre, 14 Maschinengewehre, 4 Minenwerfer und 4 Geschütze.

Die rote Kampftruppe in Leipzig besteht aus 24 Kompagnien von je 100 bis 250 Mann, zusammen 3000 Mann und verfügt über genügend Gewehre, Maschinengewehre, Minenwerfer und Lastautos. In Pirna und Umgegend bestehen ungesetzliche Wehren, deren Stärke unbekannt, deren Bewaffnung jedoch ausgezeichnet ist. In Dresden und näherer Umgebung beträgt die Stärke der roten Stammtruppen 1000 Mann mit mindestens 8000 Gewehren und 20 Maschinengewehren. In der Lausitz ist eine rote Stammtruppe bisher nur in Zittau und Umgebung festgestellt. In Chemnitz besteht das System der Straßenvertrauensleute der K. P. D., das einer organisierten Kampftruppe völlig gleicht. Im Zwickauer und Plauener Bezirk bestehen organisierte Truppen noch nicht, doch wird an ihrer Aufstellung gearbeitet.

Soweit das Telegramm. Ein Recht, sich über die Meldung aufzuregen, hat aber nur der, der mindestens einen von jenen 2000 Mann roten Truppen mit eigenen Augen felddienst- und handgranatenübend gesehen hat.

Überwachungsausschüsse gegen die Pfuscharbeit.

Der Bezirksarbeitgeber-Verband für das Baugewerbe und verwandte Berufe für die Provinz Sachsen und Anhalt, E. V., Sitz Halle, übersendet uns nachstehenden Bericht aus dem „Zimmerer", Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, vom 24. Juli.

„In fast allen Städten Sachsens haben sich jetzt Ueberwachungsausschüsse zur Bekämpfung der nebenberuflichen Tätigkeit gebildet. Diese Ausschüsse befolgen folgende Satzung, die auch Bestimmungen über die Meldung an die Steuerstellen zur steuerlichen Erfassung des wilden Gewerbebetriebes nach den Erlassen des Reichsministers der Finanzen vom 31. März 1920 enthält:

§ 1. In .... hat sich nach Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftskartell, dem Innungsausschuß beziehungsweise Ortsausschuß des Handwerks und nach Verständigung der industriellen Verbände ein gewerblicher Ueberwachungsausschuß mit dem Sitze in .... gebildet.

§ 2. Dieser Ausschuß hat den Zweck, unter gewerbepolizeilicher Mitwirkung die strikte Einhaltung des Achtstundentages in den gewerblichen Betrieben zu überwachen und zu verhindern, daß Vollbeschäftigte, zum Nachteil derjenigen, die ohne Erwerbstätigkeit sind, sowie der Unternehmer, außerhalb der achtstündigen Arbeitszeit einer Nebenarbeit nachgehen.

§ 3. Das soll erreicht werden: 1. Durch ständige Ueberwachung aller Betriebe und sonstiger Arbeitsstätten, 2. durch Feststellungen der dem Zweck widersprechenden Handlung im Wege des gegenseitigen Austausches, 3. durch Ermahnungen und Bestrafungen derjenigen, die durch ihre Handlungsweise der Durchführung des Zweckes widersprechen, 4. dadurch, daß beim Abschluß von Tarifverträgen für die Durchführung des Zweckes entsprechende Bestimmungen in diese, besonders auch über eventuelle Bestrafungen bei Nichtbefolgung solcher Tarifverträge, Vereinbarungen erwirkt werden, 5. durch Beseitigung aller Nebenarbeit der vollbeschäftigten Gehilfen und Arbeiter, 6. Meldung des wilden Gewerbebetriebes an die zuständigen Steuerstellen.

§ 4. Die Zusammensetzung dieses Ausschusses ist paritätisch. Er wird gebildet aus fünf Arbeitnehmern und fünf Arbeitgebern. Wenn Uebertretungen, die gegen die Durchführung des Zweckes gerichtet sind, bekannt werden, so sind sie dem Obmann des Ausschusses mitzuteilen, der hierauf mit dem Ausschuß alles Weitere veranlaßt.

§ 5. Alle Beteiligten sind verpflichtet, die Durchführung des verfolgten Zweckes zu fördern und hierbei den Ausschuß in jeder Hinsicht zu unterstützen.

§ 6. Entschädigung für die Sitzungen und notwendigen Arbeiten, für hierdurch versäumte Arbeitszeit usw. werden, soweit sie von den Ausschußmitgliedern beansprucht werden, die dem Kreise der Arbeitgeber angehören, von der Gruppe Arbeitgeber, oder soweit sie Arbeitnehmer sind, vom Gewerkschaftskartell getragen.

§ 7. Die Mitglieder erhalten einen behördlich beglaubigten Ausweis, den sie im gegebenen Falle auf Verlangen vorzuzeigen haben.

Die Ausschüsse sind besonders auf Betreiben der Handwerks-Vereinigungen und Gewerbe-Kammern eingerichtet. Es wird sich nicht leugnen lassen, daß ein gewisses Bedürfnis dafür besteht. Auch in den Berichten der Gewerbeaufsicht wird lebhaft über die Zunahme der Nebenarbeit geklagt, es werden auch Beispiele dafür erbracht, daß dadurch Tarifabschlüsse unmöglich gemacht worden sind und ein Vorgehen der Gewerkschaften erforderlich war. Ob aber die Arbeiterorganisationen gewillt sein werden, sich an diesen Ueberwachungsausschüssen zu beteiligen, ist eine andere Frage."

Der Bezirksarbeitgeber-Verband schreibt hierzu: „Mit Rücksicht darauf, daß die schweren Klagen des Handwerks sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer bezüglich der Pfuscharbeit immer dringender werden, ist den Berufsorganisationen die Bildung von Ueberwachungsausschüssen gegen die Pfuscharbeit nur zu empfehlen."

Provinzial-Nachrichten.

✱ **Wittenberg**, 28. Juli. (Faßexplosion.) Am Sonntag abend kam der Besitzer der Probstei Adler schwer zu Schaden. Adler war im Keller des „Schützenhauses" mit Anstecken von Bier beschäftigt, als plötzlich durch den Druck der Kohlensäure das Faß explodierte. Adler wurde zur Seite geschleudert und blieb dort in den Leitungsrohren mit zerschmettertem Unterkiefer und anderen Verletzungen hängen. Hinzueilende Sanitäter fanden den Schwerverletzten und überführten ihn nach dem Paul Gerhardt-Stift.

:: **Dommitzsch**, 28. Juli. (Zur Erhöhung der städt. Einnahmen) plant die hiesige Stadtverwaltung die Einführung einer Grabsteinsteuer.

⇮ **Bernburg**, 28. Juli. (Herabsetzung der Fleischpreise für Anhalt.) Bei einer Besprechung zwischen Vertretern der Verbraucherkreise, der Landwirtschaft und der Fleischer kam man dahin überein, vom 29. d. Mts. ab die Preise wie folgt festzusetzen: Rindfleisch 8.00 Mk. pro Pfund, Kalbfleisch 8,80 Mk. pro Pfund, Hammelfleisch 8.50 Mk. pro Pfund. Diese Herabsetzung ist möglich, weil die Häutepreise gestiegen sind. Die Festsetzung der Preise ist erfolgt auf Grund der vom 13. Juni bis 2. Juli erfolgten Ablieferung von Schlachttieren unter Berücksichtigung der wirklich bezahlten Preise und der tatsächlich festgestellten Schlachtausbeute.

✠ **Dessau**, 28. Juli. (Großen Filmschiebungen) kam die Polizei hier auf die Spur. Der Schlosser Trautmann von der Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation in Wolfen stahl große Mengen Filme von beträchtlichem Werte. Der Bäckermeister Schindler aus Dessau übernahm die Filme, und der Photograph Wedekind, Inhaber eines der ersten photographischen Ateliers in Dessau, verschob sie nach dem Ausland zu horrenden Preisen. Alle drei wurden verhaftet.

? **Magdeburg**, 28. Juli. (Einer der Viehmarktsbankräuber gefaßt.) Bei dem Raubanfall auf den Geldtransport der Magdeburger Viehmarktsbank in der Kleinestraße, wurde der Führer der Kraftdroschte Nr. 100, Friedrich Wustrau, ermittelt. Er gab nach hartnäckigem Leugnen zu, die Täter, die er jedoch angeblich nicht kennen will, gefahren zu haben. Die Ermittlungen nach letzteren werden fortgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 61, entgegen.

⌗ **Wolmirstedt**, 28. Juli. (Petroleumfunde) will man hier in der weiteren Umgegend gemacht haben. Die Fundstellen sollen bei Samswegen und Zielitz liegen. Die Untersuchungen müssen erst feststellen, ob die Finder nicht einem Spaßvogel zum Opfer gefallen sind.

n **Weißenfels**, 28. Juli. (Diebstahl. — Schwere Strafe.) Dem Gastwirt M. in Uichteritz wurden, als er auf kurze Zeit das Zimmer verließ, von einem Unbekannten, der erfolglos verfolgt wurde, 10 000 Mk. aus dem Geldschrank gestohlen. — Der Schmied Gründler, der in Gemeinschaft mit einem anderen Diebstähle in hiesigen Schuhfabriken ausführte und eines morgens einem ihn verfolgenden Polizisten durch einen Revolverschuß verletzte, wurde vom Schwurgerichte zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

() **Eckartsberga**, 28. Juli. (Die Vorstände der Kreislandbunde) Eckartsberga und Naumburg sind mit Vertretern der Städte und den Fleischer-Innungen dahin übereingekommen, versuchsweise die Zwangswirtschaft für Vieh aufzuheben. Sie sind der festen Ueberzeugung, daß bei freiem Verkehr das Fleisch zum mindesten nicht teurer, wahrscheinlich aber billiger wird wie bisher. Wurde doch von den Vertretern der Städte offen zugegeben, daß Schleichhandelsfleisch billiger zu haben sei als das Markenfleisch. Es ist verabredet worden, daß kein Vieh mehr zwangsweise abgegeben werden soll, daß dagegen die Fleischer wie früher vom Landwirt das Vieh freihändig aufkaufen sollen; den Behörden ist hiervon Kenntnis gegeben. Von seinen Berufsgenossen erwartet nun der Landbund, daß sie dasjenige Schlachtvieh, das sie verkaufen wollen, den einheimischen Fleischern zu vernünftigen Preisen ablassen. Die Namen derjenigen, die Wucherpreise fordern, sollen rücksichtslos veröffentlicht werden.

@ **Jena**, 28. Juli. (Sportzwang als Examensbedingung.) Eine Vollversammlung des Jenaer Studentenausschusses hat gegen eine Minderheit beschlossen, daß Studierende nach Abschluß ihres Studiums und vor der Prüfung den schriftlichen Nachweis zu erbringen haben, daß sie sich während zweier Semester an turnerischen oder Leibesübungen beteiligt haben. Gegen diesen „Sportzwang als Examensbedingung" werden jetzt in der Studentenschaft Unterschriften gesammelt, um eine Aufhebung oder Abänderung des Beschlusses herbeizuführen.

(!) **Gera**, 28. Juli. (Die Versteigerungen von Obstanhängen) haben ganz besonders zur Verteuerung des Obstes beigetragen. Die Arbeitsgemeinschaft der Preisprüfungsstellen Thüringens hat deshalb außer an die Reichsregierung auch an die Staatsregierung von Thüringen ein Gesuch gerichtet dahingehend 1. die Versteigerung von Obstanhängen künftig überhaupt zu vermeiden, 2. von der erfolgten nachträglichen Genehmigung des zuständigen Kommunalverbandes oder der zuständigen Preisprüfungsstelle abhängig zu machen und 3. den Obstern und Pächtern die Verpflichtung aufzuerlegen, Verträge über Obstanhänge größeren Umfanges schriftlich abzuschließen und einer der vorgenannten Stellen zur Genehmigung vorzulegen.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Aus dem Hauptausschuß.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Im Hauptausschuß des Reichstages ersuchte heute der Präsident Loebe um Beschleunigung der Arbeiten. Es werde kaum möglich sein, bei der jetzigen Jahreszeit eine längere Tagung abzuhalten, so daß er bitten möchte, der einmütigen Auffassung des Aeltestenrates Rechnung zu tragen und dafür sorgen zu wollen, daß bereits morgen im Plenum die Beratung des Etats beginnen könne. Um möglichst diese Woche noch mit den Arbeiten zu Ende zu kommen, sollen alle anderen Punkte, deren Erörterung eine längere Zeit in Anspruch nehmen würden, bis zu den Beratungen des Hauptetats im Oktober zurückgestellt werden. Mit dem Gesetz über die Militärgerichtsbarkeit soll auch ein Amnestiegesetz noch seine Erledigung finden. Der Hauptausschuß einigte sich nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte mit dem vorgeschlagenen Arbeitsplan einverstanden und genehmigte hierauf die Ansätze für das Reichsgesundheitsamt. Der Präsident teilte auf eine Anfrage mit, daß infolge der Blockade und der Ernährungsschwierigkeiten der Gesundheitszustand der Bevölkerung sich verschlechtert habe und namentlich die Lungentuberkulose im Zunehmen begriffen sei. Die Frage der Kindersterblichkeit wurde dabei lebhaft erörtert. Beim Absatz für das Reichsamt für Ein- und Auswanderung wurde auch die Frage der Einwanderung fremdstämmiger Elemente besprochen. Eine Statistik darüber soll angelegt werden.

Dr. Dorten wieder in Wiesbaden.

WTB. **Wiesbaden**, 28. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Dr. Dorten ist laut „Wiesbadener Zeitung" heute vormittag unter sicherem Geleit nach Wiesbaden zurückgekehrt.

v. Aulock aus der Untersuchungshaft entlassen.

Breslau, 28. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Zu der bereits gemeldeten Haftentlassung v. Aulocks erfahren wir von zuständiger Stelle die folgenden Einzelheiten: Die Aufhebung des Haftbefehls erfolgte, da ein Fluchtverdacht nicht vorlag. v. Aulock ist lungentuberkulos, was auf Grund einer ärztlichen Untersuchung durch Röntgenaufnahme im Allerheiligenhospital festgestellt werden konnte. Wie uns versichert wird, wird die Freilassung die Untersuchung in keiner Weise gefährden. v. Aulock hat sich zu seinen Angehörigen begeben und ist jederzeit für notwendige Feststellungen zu erreichen. Die in der gleichen Angelegenheit verhafteten Angehörigen des Freikorps Aulock befinden sich noch in Untersuchungshaft. Ein Abschluß der Voruntersuchung ist wegen der umfangreichen Feststellungen und Vernehmungen vorläufig noch nicht zu erwarten.

Zur Bolschewistenkonferenz im Memel.

Königsberg, 28. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Zu der aufsehenerregenden Meldung der „Magdeburgischen Zeitung" über eine Zusammenkunft zwischen einem Vertreter der Sowjetregierung und Vertretern der Kommunistischen und Unabhängigen Parteien in Memel, bei der die Errichtung einer Sowjetrepublik in Ostdeutschland bis ins kleinste verabredet worden sei, erfährt unser Vertreter von zuständiger Stelle, daß eine solche Unterredung tatsächlich stattgefunden hat. Als ihr Ergebnis ist aber bisher gerade das Gegenteil bekannt geworden, nämlich, daß ein Einmarsch russischer Truppen nicht beabsichtigt sei, da Deutschland nach der Meinung der an der Zusammenkunft beteiligten Personen ohnehin bald dem Bolschewismus als reife Frucht zufallen werde.

Der polnisch-russische Krieg.

Warschau, 28. Juli. Der Presseausschuß des Ministeriums des Außern teilt mit: Am 26. Juli kam bei der polnischen Obersten Heeresleitung eine Depesche aus Moskau an, nach der wegen der sehr feindlichen Stimmung der weißrussischen Bevölkerung gegen die Vertreter der polnischen Regierung, die durch die Verfehlungen der polnischen Truppen während der Okkupation und des Rückzuges veranlaßt ist, es unmöglich sei, einen früheren Termin als den 30. Juli festzusetzen. Sie werden nach der Uebernahme durch die Fronttruppen nach Baranowitschi geleitet werden, wo sie mit Vertretern der Roten Armee zusammenkommen werden.

England hilft den Polen.

Danzig, 28. Juli. Gestern nachmittag hat ein Kommando englischer Soldaten mit der Ausladung der für Polen bestimmten Munition begonnen. Bei einer Besprechung des Generals Henking mit den Vertretern des Transportarbeiterverbandes wies der General darauf hin, daß es nicht ausgeschlossen sein werde, daß man schließlich englische Arbeiter nach Danzig holen werde.

Widerspruchsvolle Nachrichten aus Damaskus.

Paris, 28. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Kairo sind die Nachrichten aus Damaskus widerspruchsvoll. Einige Nachrichten besagen, die Revolution sei ausgebrochen, der Angriff der Bevölkerung auf die Kasernen sei zurückgeschlagen, man zählte 50 Tote. Emir Fessal habe das Ministerium aufgelöst und den General Jassin Pascha zum Oberstkommandierenden der arabischen Streitkräfte und zum Ministerpräsidenten ernannt. Nach anderen Nachrichten soll sich der Emir geweigert haben, das Kabinett aufzulösen. Er habe die Verhaftung der Delegation, an deren Spitze der Scheich Kaisad stand und die Demission des Kabinetts verlangte, angeordnet. Hierauf sei es zu Straßenkämpfen gekommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200729017/fragment/page=0003

Vermischtes.

Wildwest bei uns! Der Rostocker Anzeiger berichtet aus Boizenburg: Als der Eilgüterzug von Boizenburg in Richtung Hamburg abfuhr, sprangen mehrere Männer auf den noch in langsamer Fahrt befindlichen Zug, zertrümmerten die Fenster eines Postwagens und versuchten in den Wagen zu gelangen, um die Postsachen zu berauben. Dies glückte ihnen jedoch nicht. Die Räuber sprangen ab, bevor der Zug in schnellere Fahrt kam.

Eine seltene Klapperstorchgeschichte wird aus Berlin berichtet. Meister Adebar besuchte dort eine Familie R. zum zweiten Mal binnen zwölf Monaten und brachte beim zweiten Besuch — ein sehr seltener Fall — gleich Vierlinge mit.

Raubmord im Hotel. Im Hotel „Münchener Hof" in Berlin waren ein angeblicher Kaufmann Hermann Bartels und seine Frau aus Oderberg abgestiegen und hatten ein Zimmer im ersten Stock bezogen. Am Nachmittag gegen 6 Uhr erschien nun ein Herr, der dem Portier angab, er wolle zu dem Kaufmann Bartels. Eine Stunde später vernahm das Stubenmädchen aus dem Zimmer einen lauten Wortwechsel, dem bald Hilferufe folgten. Als die Tür geöffnet wurde, fand man den Besucher bewußtlos auf dem Boden liegen. Er war an Händen und Füßen gefesselt und hatte ein mit Aether getränktes Taschentuch im Munde. Die Taschen seiner Kleidung waren umgekehrt und entleert. Bartels und seine Frau waren verschwunden. Der Mann gab noch schwache Lebenszeichen von sich, zeigte aber keine äußeren Verletzungen. Auf dem Transport nach dem Moabiter Krankenhaus starb er. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um einen Berliner Kaufmann Paul Wolfner. Der Tod scheint durch Vergiftung und Ersticken eingetreten zu sein.

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu München.

Rosengarten-Rennen (10 000 Mk., 1800 Meter): 1. Radulesti (Bressel). 2. Schicksal (Matz), 3. Sonntagsstar (Keim). Tot.: Sieg 19, Platz 10, 10 : 10. Ferner lief Giurgiu.

Eggenfelden-Rennen (16 000 Mk., 2000 Meter): 1. Argesul (Mate), 2. Kharbine (Matz), 3. Coclicot (Guttmann). Tot.: Sieg 15, Platz 12, 25, 14 : 10. Ferner liefen Argile, Bravade, Zori, Boris, Tiszavirag.

Persicus-Rennen (15 000 Mk., 3500 Meter): 1. Milander (Ismenyi), 2. Philline (Guttmann), 3. Raufbold (Bauer). Tot.: Sieg 144, Platz 25, 14 : 10. Ferner lief Dorflump.

Bayerisches Zuchtrennen (20 000 Mk., 2400 Meter): 1. Opanke (Bressel), 2. Tarlatan (Maté), 3. Soligast (Aschenbrenner). Tot.: Sieg 25. 3 lief.

Bajazzo Ausgleich (16 000 Mk., 1400 Meter): 1. Istria (Seiffert), 2. Entscheidung (Aschenbrenner), 3. Coclicot (Guttmann). Tot.: Sieg 33, Platz 16, 21 : 10. Ferner lief Magnas.

Eiffilo Jagdrennen (11 000 Mk., 3200 Meter): 1. Irlbach (Ismenyi), 2. Sunila (Guttmann), 3. Erich (Gerteis). Tot.: Sieg 15, Platz 12, 19 : 10. Ferner lief Ordensburg.

Nachtschatten Jagdrennen (10 000 Mk., 3000 Meter): 1. Krickente (Unterholzner), 2. Szepike (Bauer), 3. Prost (Schuller). Tot.: Sieg 20, Platz 11, 13, 15 : 10. Ferner liefen Lyra, Fasner, Rospert, Colets.

Rennen zu Neuß.

Rosengarten-Rennen (17 000 Mk., 1200 Meter): 1. Widerstand (Brown), 2. Aar (Hellebrandt), 3. Tradition (Seibert). Tot.: Sieg 16, Platz 14, 20 : 10. Ferner lief Ballon.

Tattersall-Rennen (24 000 Mk., 1600 Meter): 1. Cassierer (Reiß), 2. Arthus (Wodke), 3. Fema (Köhnke). Tot.: Sieg 20, Platz 16, 14 : 10. Ferner liefen Uhli, Haeckel.

Haus Eppinghoven-Rennen (17 000 Mk., 3200 Meter): 1. Eiders Trumph (Wodke), 2. Holda (Theilemann), 3. Hildur (Hammer). Tot.: Sieg 53, Platz 21, 18, 21 : 10. Ferner liefen Applaus, Matterhorn, Bidermann, Larett, Eiders Traum, Semira, Held.

Schlenderhan-Rennen (17 000 Mk., 1400 Meter): 1. Siegbert (Grycke), 2. Mercantil (Blume), 3. Daphne (Stoffel). Tot.: Sieg 33, Platz 20, 11, 10 : 10. Ferner liefen Tschmalan, Champagne, Güleck.

Preis von Neuß (45 000 Mk., 1600 Meter): 1. Meinhard (Bleuler), 2. Herzliebste (Brown), 3. Leichtsinn (Schläfke). Tot.: Sieg 15, Platz 17, 16, 15 : 10. Ferner liefen Maas, Ahnung, Filmdiva, Gewerke.

Das sechste und siebente Rennen blieben wegen Telephonstörungen aus.

Das Allgemeine Tennis-Turnier in Halle a. S.

Nach einer Pause von sechs Jahren war es dem Tennisklub zu Halle wieder vergönnt, ein großes allgemeines Turnier veranstalten zu können. Dasselbe brachte ihm einen vollen Erfolg und hat Teilnehmern und Zuschauern hervorragenden Sport geboten. Es war eine Freude, das Leben und Treiben in der schönen Anlage auf der Peißnitz vergangenen Sonnabend und Sonntag zu beobachten. Die interessanten Wettkämpfe und das strahlende Wetter hatten eine Menge Zuschauer herbeigelockt, und besonders die Spiele der Leipziger und Magdeburger Gäste wurden mit großer Spannung verfolgt.

In der Schlußrunde der Meisterschaft der Provinz Sachsen trafen die Klubkameraden H. Schomburgk und Dr. Gast Leipzig aufeinander. Auf den Ausgang des Kampfes war alles gespannt. H. Schomburgk gewann überraschend glatt mit 6 : 4, 6 : 4, 6 : 1 und holte sich hiermit zum ersten Male den Wanderpreis der Provinz Sachsen.

Die Damen-Meisterschaft führte in der Schlußrunde Frau Schomburgk, Leipzig und Frl. Kaehne zusammen. Leider wurde die Schönheit dieses Spiels durch einen leichten Fußunfall beeinträchtigt, den Frau Schomburgk sich am Sonnabend vormittag zugezogen hatte, und der sie stark am Laufen behinderte. Frl. Kaehne, sehr gut spielend, konnte infolgedessen ohne große Mühe mit 6 : 1, 6 : 2 als Siegerin hervorgehen.

Den Sieg im Herren-Doppelspiel o. V. holten sich in schöner Weise Graf Matuschka — Flinsch, Leipzig, indem sie in der Vorschlußrunde Franck — Sack, Halle, und in der Schlußrunde die Brüder Schomburgk leicht schlugen. Letztere hatten in der Vorschlußrunde einen schweren Stand gegen Kappelmann — v. Bleichröder gehabt, welche ausgezeichnet spielten.

Das Damen- und Herren-Doppelspiel o. V. war eine leichte Sache für Herrn und Frau Schomburgk, Leipzig. Es ist ein wirklicher Genuß, dies gut eingespielte Paar zu sehen.

Sämtliche Spiele ohne Vorgabe und das gemischte Doppelspiel mit Vorgabe, aus welchem Frl. Bengen, Hannover mit Franck, Halle als Sieger hervorgingen, konnten am Sonntag zu Ende geführt werden. Die übrigen Vorgabespiele wurden am Montag vollends ausgetragen.

Das Herren-Einzelspiel m. V. gewann Kappelmann, Erfurt mit 6 : 4, 7 : 5 gegen den über Erwarten sicher spielenden Scharf-Halle. Letzterer konnte zusammen mit seinem Klubkameraden durch gutes Zusammenspiel den Sieg im Herren-Doppelspiel m. V. gegen das Dresdener Paar Herbig — Pürckhauer erringen.

Das Damen-Einzelspiel m. V. brachte Frl. Bengen und Frl. Riedehoff des Tennis-Vereins Hannover in die Schlußrunde. In heißem Kampf gewann Frl. Bengen in drei Sätzen.

Das wohlgelungene und gut durchgeführte Turnier fand seinen Abschluß in einem geselligen Beisammensein, wobei auch die Preise verteilt wurden, und bei welchem man den Eindruck gewinnen durfte, daß alle Teilnehmer mit Befriedigung an die Turniertage in Halle zurückdenken werden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Zukunft der deutschen Schwefelerzeugung

wurde gelegentlich einer Verhandlung, die vor dem Kreisverwaltungsgericht der Stadt Bernburg mit der zum Verband der deutschen Kaliwerke A.-G. in Bernterode gehörigen deutschen Claus-Schwefel-Gesellschaft stattfand, erörtert. Die Gesellschaft hatte im September 1916 für die Dauer des Krieges eine vorläufige Konzession zur Herstellung von Schwefel bekommen. 1917 verlangte sie die dauernde Konzession. Dagegen erhoben die Stadt Bernburg, die Landarmendirekton, der Kreisausschuß und die Fleischereiverbände Einspruch, weil sie Schädigungen teils gesundheitlicher, teils wirtschaftlicher Art befürchteten. Erst jetzt kommen diese Einsprüche zur Verhandlung.

Die Vertreter der Deutschen Claus-Schwefel-Gesellschaft führten dabei aus, daß die Fabrik seit Ende Juni vollständig still liege, und zwar infolge der außerordentlichen Verteuerung der Produktionskosten. Es sei auch noch nicht abzusehen, wann man dort wieder Schwefel herstellen werde. Aber die Bewilligung der Konzession habe für die deutsche Volkswirtschaft eine sehr wichtige Seite. Der deutsche Schwefel sei zwar teurer als der amerikanische, aber er wirke doch auf die Preisbildung für den letzteren ein. Werde in Deutschland die Schwefelfabrikation auf die Dauer ganz eingestellt, so werde der amerikanische Schwefel sofort im Preise steigen. Es kam in der Verhandlung auch zur Sprache, daß die Gesellschaft nicht nur eine Konzessionsgebühr für das Verfahren mit Chlorkalzium, nach dem sie bisher gearbeitet hat, fordert, sonder neuerdings auch die Konzession auf ein Verfahren für Barium ausgedehnt verlangt. Die Gesellschaft erklärte sich bereit, eine Reihe Schutzmaßnahmen zu treffen, um die befürchteten Schädigungen der Interessenten zu vermeiden. Die Entscheidung wurde einstweilen noch vertagt.

Stahl ohne Roheisen.

In Frankreich wird, so schreibt der Voss. Ztg. ihr luxemburgischer Mitarbeiter, augenblicklich viel Reklame mit einer Erfindung auf dem Gebiete der Stahlfabrikation gemacht, welche eine Umwälzung hervorrufen und eine bedeutende Kohlenersparnis erlauben würde. Der französische Ingenieur Barset hat nämlich eine Methode erfunden, mit welcher es ihm geglückt sein soll, in einem Zementofen täglich 25 Tonnen Stahl aus Erz und Koks (ohne Roheisenproduktion) herzustellen. In Longwy und in der Normandie sollen zwei Hüttenwerke errichtet werden mit 1000 bis 2000 Tonnen Tagesleistung (nach dem Barset-Verfahren). In Fachkreisen denkt man vielfach recht skeptisch über die Rentabilität dieses Verfahrens. Auffallend indes ist, daß einzelne Persönlichkeiten starkes Vertrauen haben und daß demgemäß jetzt eine Gesellschaft (Société française des usines Barset) gegründet wurde (Aktienkapital 60 Millionen Fr.), welche das Barset-Verfahren zur Anwendung bringen soll. Dieser Gesellschaft gehören u. a. an die Tréfileris et laminsois de Havre sowie der Hüttenindustrielle de Seinlignon aus Longwy, eine Autorität in Eisenhüttenfragen. Es dürfte sich demnach bald herausstellen, wieweit sich dies Barset-Verfahren bewährt.

Vom Tuchmarkt.

Manchester, 27. Juli. Am Tuchmarkt war die Nachfrage heute nur mäßig und das Sinken der Baumwollpreise behinderte den Umsatz. Am Garnmarkt war die Tendenz stetig.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 28. Juli. Zu Beginn des Verkehrs setzte sich die Aufwärtsbewegung der Kurse in Montan- und Kaliwerten fort. Auf den übrigen Märkten war der Kursstand zwar gleichfalls fest, doch ergaben sich hin und wieder leichte Kursrückgänge. Bochumer Gußstahl, Gelsenkirchen, Laurahütte, Phönix und Rheinische Braunkohlen ergaben Kurssteigerungen bis zu 10 Prozent und waren bevorzugt. Von Elektrizitätswerten stiegen Deutsch Uebersee und Felten u. Guilleaume um 15 Prozent, Siemens u. Halske büßten dagegen 9 Prozent ein. Chemische, Schiffahrts- und Bankaktien lagen ebenso wie Kolonialwerte bei wenig verändertem Kursstand still. Auch für Valutawerte bekundete sich nur wenig Interesse. Petroleumwerte schwächten sich unter Schwankungen im Kurse ab, so Erdöl von 1875 bis zeitweise 1750 und Deutsch-Petroleumwerte von 840 bis 825. Dies tat der Festigkeit der Börse etwas Abbruch und die Kurse konnten am Montanmarkt ihren Kursstand nicht viel behaupten. Am Rentenmarkt war das Geschäft bei nur geringen Veränderungen wieder still.

Devisenkurse.

Berlin, 28. Juli

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute		Gestern	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1413 60	1416,40	1388,60	1391,40
Brüssel-Antwerpen	342,15	342,85	337,15	337,85
Christiania	663,35	664,65	653,35	657,65
Kopenhagen	659,35	660,65	649,35	650,65
Stockholm	884 10	885 90	866.20	863,40
Helsingfors	152,30	52,70	151,80	152,20
Italien	224.75	225.25	223 75	224,25
London	156,30	156,7	153,85	154,10
New York	41,45	41,55	45,20	40,30
Paris	320,35	321,35	315,65	316,35
Schweiz	707,30	708 70	694,30	695,70
Spanien	644,35	645,65	634,35	635,65
Wien (altes)	22,97	23,03	22,97	23,03
(Deutsch-Oest. abgest.)	24,72	24,78	24,84½	24,90½
Prag	84,27½	84,47½	84,00	84,20
Budapest	24,02	24,08	23,82	23,88
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 28. Juli. Wegen der erst für den 17. August in Aussicht genommenen Verteilung von Hafer durch den Magistrat von Berlin zeigte sich heute mehr Kauflust nach sofort zu verladender Ware, für die etwas höhere Preise als gestern angelegt wurde. In Hülsenfrüchten ist das Geschäft etwas lebhafter geworden. Von Erbsen sind Viktoria- und Futtererbsen, sowie Ackerbohnen, Wicken und Lupinen in guter gelber Saatqualität gesucht.

Berlin, 28. Juli. Amtliche Notizen. Preis für 100 Kg. in Mark. Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestation 2420 bis 2460. Tendenz: flau.

Die Absatzverhältnisse des Kalisyndikats. Der Inlandsabsatz bewegt sich, wie wir aus Kreisen des Kalisyndikats erfahren, in engen Grenzen, da die Landwirtschaft mit Aufträgen zurückhält. Man befürchtet, daß im Herbst die Kohlenkalamität für die Kaliwerke sehr drückend werden wird. Im Auslandsabsatz ist der große Kaliabschluß mit Amerika nocht nicht perfekt geworden. Der Geschäftsgang ist demgemäß, abgesehen vom Stocken im Inlandsabsatz als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Keine Preisermäßigung für Mauersteine. Der Verband der deutschen Ziegelei-Verkaufsvereinigungen beschloß, die Preise für Mauersteine in absehbarer Zeit nicht zu ermäßigen. Der Preisabbau sei von der Verringerung der Gestehungskosten abhängig. Eine Entschließung wurde angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge für den Wohnungsbau nutzbar gemacht wird.

Auslandsabschlüsse deutscher Waggonfabriken. Der „Köln. Ztg." wird von unterrichteter Seite bestätigt, daß führende deutsche Waggonfabriken mit Belgien einen größeren Abschluß angeblich für 250 Millionen, getätigt haben. Außerdem schweben zwischen der deutschen Waggonindustrie und Rumänien Verhandlungen, die aber bisher noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

Die Umwandlung der bekannten Alteisenfirma **Schweitzer & Oppler in Breslau** in eine Gesellschaft mit einem Grundkapital von 50 Millionen Mark steht bevor. Generaldirektor soll Herr Sklarz werden.

Bismarckhütte A.-G. Ein erheblicher Posten von Aktien dieser Gesellschaft ist auf die Firma Gebr. Stumm in Neunkirchen übergegangen. Auf diesen Umstand läßt sich wohl die beträchtliche Kurssteigerung der Aktien dieser Gesellschaft zurückführen.

Horch-Werke A.-G. in Zwickau. In dem Prospekt über die Zulassung von 300 000 neuer Aktien zum Handel an der Berliner Börse wird gesagt: „Der Geschäftsgang im laufenden Jahre ist zufriedenstellend. Die Nachfrage nach den Fabrikaten ist lebhaft und läßt, sofern nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wieder ein günstiges Geschäftsergebnis erwarten.

Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke in Gelsenkirchen. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß, eine Kapitalserhöhung um 6 Millionen auf 25 Millionen Mark vorzunehmen. Davon wird zunächst der Betrag von 3,5 Millionen Mark an die Firma Stumm in Neunkirchen gegeben als Gegenleistung für die Einbringung des Gußstahlwerkes Annen in Annen, des Stahlwerkes Oeckingen in Düsseldorf und der Vereinigten Preß- und Hammerwerke in Dahlhausen a. Ruhr und in Bielefeld. Weitere 2.5 Millionen Mark sind reserviert für Neuanschaffungen und schwebende Geschäfte, und die weiteren 10 Millionen Mark jungen Aktien werden den alten Aktionären zum Kurse von 125 Prozent angeboten, derartig, daß auf drei alte zwei junge Aktien kommen. Die neuen Aktien sind vom 1. August 1919 dividendenberechtigt. Die Versammlung ermächtigte die Verwaltung zur Begebung einer Obligationsanleihe bis zur Hälfte des Aktienkapitals. Von einer Ausgabe der Anleihe soll vorläufig abgesehen werden. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Generaldirektor Theodor Müller aus Neunkirchen von der Verwaltung der Gebr. Stumm, die durch einen erheblichen Aktienbesitz an dem Werke stark interessiert sind.

Elektrizitäts-A.-G. vormals Schuckert & Co. in Nürnberg. Anläßlich der Zulassung von 15 Millionen Mark zu 4½ Prozent zu 102 Prozent per 1. April rückzahlbarer Schuldverschreibungen zur Berliner Börse teilt die Verwaltung mit: Die Siemens-Schuckert-Werke sind mit Aufträgen reichlich versehen und die Entwicklung der Unternehmungen, an denen die Schuckert-Gesellschaft sonst beteiligt ist, kann für die nächste Zukunft als günstig angesehen werden. Immerhin ist es unmöglich, im Hinblick auf die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse über das Ergebnis für das laufende Geschäftsjahr heute schon etwas Bestimmtes zu sagen.

+ **Wagengestellung.** Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle a. S., den Stationen der Lausitzer, Zschipkau-Finsterwalder und Dessau-Wörlitzer Bahn sind am 27. Juli zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlen-Briketts, Naßpreßsteinen und Braunkohlenkoks 5062 Wagen zu je 10 Tonnen Ladegewicht gestellt.

Berliner Börse

vom 28. Juli 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch.Schatzsch VI—IX	74,10
5% Dtsch. Reichsanl.	79,60
4% " "	69,60
3½% " "	59,50
3% " "	60,25
4% Preuß. Konsols	68,00
3½% "	59,50
3% "	54,50
4% Charl. Stadtanl. 89/99	—
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	98,25
4% Sächs.Neulandsch Pfdbf.	—
4% Preuß. Centr.Bod. Pfdbf.	97,90
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbf. 1911	99,00
4½% Dess.Gas Oblig.	98,50
4% DessauerGas Obl.	92,50
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	24,75
4% Ungar. Goldrente	54,75
4% Ungar. Kronenrente	28,00
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	75,70
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	640,50
Allg. Lokal-Str.	98,00
Gr. Berl. Str.	126,50
Magdeburger Str.-B.	145,00
Prinz-Heinrich-B.	420,00
[illegible]	
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	176,87
Hambg. Südamerika	235,50
Hansa-Dampfschiff.	281,50
Nordd. Lloyd	171,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	156,50
Berl. Handelsges.	207,50
Commerz-Diskontobank	159,00
Darmstädter Bank	143,00
Dessauische Landesbank	129,75
Deutsche Bank	—
Diskonto-Comm.	163,00
Dresdner Bank	—
Leipzig. Credit-Anst.	152,25
Mitteld. Kreditbank	150,50
Mitteld. Privatbank	149,50
Nationalbank	149,25
Oesterr. Kredit	88,2
Reichsbank	147,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	—
Akt. f. Anilin	—
Allgem. Elektr. Ges.	—
Ammendorfer Papierfabrik	—
Anhalter Kohlenw.	—
Annaberger Steingut	—
Badische Anilin	—
Bergmann Elekt.Akt.	—
Berl. Masch.-Bau	228,00
Bismarckhütte	570,00
Bochumer Gußstahl	376,00
Chem.-Fabr. Buckau	385,00

Chem. Griesheim	295,00
Chem. Heyden	355,00
Consolidation Schalk	720,00
CröllwitzerPapierfbk	275,00
Daimler Motoren	216,00
DeutscheLuxemburg	303,13
Deutsche Treuhandgesellschaft	815,00
Deutsche Erdöl	1730,00
Deutsche Gasglühl.	5110,00
Deutsche Kali	419,75
Deutsche Waffen und Mun.	382,00
Donnersmarckhütte	400,00
Döring & Lehrmann	159,75
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	—
Elberfelder Farben	401,00
Felten & Guillaume	402,50
Gasmotoren Deutz	186,00
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	258,00
Gelsenkirchen Berg.	328,00
Glauziger-Zuckerfbk	508,00
Hallesche Maschfbk.	470,00
Hann. Masch.	342,00
Harpener Berg	397,00
Hasper Eisen	580,00
Hirsch Kupfer	278,75
Höchster Farbwerke	400,00
Hoesch Eisen u. Stahl	400,00
Hohenlohe Werke	227,80
Humboldt Masch.	174,00
Ilse Bergbau	409,75
Kahla Porzellan	408,00
Kaliw. Aschersleben	418,75
Körbisd. Zucker-Akt.	403,00
Kyffhäuserhütte	195,00
Lahmeyer & Co.	191,00
Lauchhammer	413,00
Laurahütte	267,00
Linke & Hofmann	364,00
Ludwig Loewe & Co.	287,00
Lothringer Hütte	303,00
Mannesmannröhren	376,50
Masch.-Fabr. Buckau	228,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	233,00
do. Caro Hag.	269,00
do. Kokswerke	410,00
Orenstein & Koppel	270,00
Phönix Berg	440,00
Rhein. Metall-Vorz.	373,50
Rhein. Stahlwaren	370,00
Riebeck. Montan	392,00
Rombacher Hütten	292,00
Rositzer Braunk.	418,00
Rositzer Zucker	239,87
Sangerhäuser Masch.	405,00
HugoSchneider A.-G.	280,00
Schuckert & Co.	196,50
Siemens & Halske	254,00
Stettiner Cham.	390,00
Stettiner Vulkan	298,50
Stollberger Zinkh.	230,00
Strals. Spielkarten	365,00
Thale-Eisenhütte	423,00
Triptis Porzellan	220,25
Türk. Tabakregie	750,00
Ver. Köln-Rottweiler	309,00
Ver. Glanzstoff	1080,00
Wegelin & Hübner	184,50
Werschen-Weißenfelser Braunk.	351,00
Westeregeln Alkali	690,00
Wittener Gußstahl	770,00
Wrede Mälzerei	143,50
Zeitzer Masch.	516,00
Zellstoff Walthof	320,00
Otavi-Minen	741,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 28. Juli 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	255,50
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	130,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	172,00
Mansfelder Gewerkschaft	4450,00
Portland, Zementfabrik Halle	151,00
Prehlitzer Braunkohlen	1450,00
Priorit.	—
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage, Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer i. V.; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200729017/fragment/page=0004